

Haushalt 2026 des Landkreises Aschaffenburg

Rede des Stellvertreters der AfD-Fraktion im Kreistag, Joachim Rausch, am 15.12.2025

**Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Legler,
sehr geehrter Herr Kämmerer Florian Stein,
werte Kollegen im Kreisrat,
liebe Verantwortliche und Mitarbeiter in der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,**

bei der Vorbereitung dieser Rede habe ich mir natürlich unsere Haushaltsreden der letzten Jahre angeschaut und irgendwie bleiben die großen Haushaltsthemen im Landkreis immer die Selben:

- 1. Es ist das Krankenhausdefizit**
- 2. Die Kostensteigerungen im Öffentlichen Nahverkehr**
- 3. Und der Sozialhaushalt, insbesondere die Jugendhilfe**

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit: Der Kreis, wie der Bund auch, haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Nie dagewesene Steuereinnahmen, auch Zuschüsse aus den Sonderschulden des Bundes, in Orwellschem Neusprech als Sondervermögen bezeichnet. All das reicht gerade so, den Haushalt auszugleichen und die Nettoneuverschuldung konstant zu halten. Die Kreisumlage bleibt prozentual konstant, kostet aber die Gemeinden zusätzlich Geld bei gestiegenem Einkommen.

Vor dem Hintergrund dieser angespannten Haushaltslage des Landkreises und ständig wachsender Ausgaben muss zunächst die Ausgabenseite stabilisiert werden. Und damit dürfen wir natürlich auch gleich schon 2026 anfangen. Bei jedem Beschluss des Kreistages und seiner Ausschüsse ist die Auswirkung auf den Haushalt, auch der nächsten Jahre, stets mitzudenken. Dabei ist Erreichtes zu erhalten und Neues auf die lange Bank zu schieben.

- Dabei geht es um die Infrastruktur im Landkreis, Wege, Stege, Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäude, die Schulen, unser Krankenhaus. Hier sind uns der Substanzerhalt durch maßvolle Sanierungen wichtiger als ständig neue Ideen zu Vollsanierungen, Erweiterungen und Neubauten.

- Die Stellenmehrung in den Kreisverwaltungen muss dauerhaft enden. Wir begrüßen, dass im Haushalt keine neuen Stellen eingeplant werden. Das sollte auch zukünftig so bleiben. Die Digitalisierung der Kreisverwaltung muss sich schlussendlich auch bezahlt machen.

- Der Öffentliche Nahverkehr ist bedarfsgerecht zu erhalten ohne weitere Ausweitungen auf Schwachlastzeiten oder Schwachlaststrecken. Die ständig steigenden Kosten sind durch gezielte Begünstigung der Eigenwirtschaftlichkeit zu dämpfen. Dabei übernehmen Busunternehmen Buslinien auf eigene Rechnung und Risiko und entlasten so den Kreishaushalt.

**- Die ständig wachsenden Ausgaben der Jugendhilfe sind zu deckeln. Die von den Schulen geforderte Stellenausweitung bei den JaS-Stellen für die Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine pädagogische Tätigkeit und damit aus unserer Sicht Landesaufgabe. Die Kosten hierfür sollte der Freistaat entsprechend übernehmen. Die aktive Beteiligung der Eltern und Jugendlichen an der Verbesserung ihrer eigenen, sicher oft schwierigen Lebensumstände, ist mit Nachdruck einzufordern.
Stichwort: Fördern und fordern.**

- Hin und her macht unsere Taschen leer. Daher sollten wir die Wenden bei der Mobilität und beim sogenannten Klimaschutz auf das allernotwendigste begrenzen. Natürlich müssen wir die Ziele der Nachhaltigkeit und des Umweltbewusstseins bei Investitionen weiter verfolgen, dabei aber immer die Wirtschaftlichkeit und unsere Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten.

Die freie Wahl der Verkehrsmittel und die Flüssigkeit des Verkehrs ist uns ein wichtiges Thema: Den weiteren Umbau insbesondere von Durchgangsstraßen zur Verkehrsberuhigung und weiteren Tempobeschränkungen lehnen wir entschieden ab. Busse dürfen an den Haltestellen nicht auf der Straße stehen und die behindern die unterwegs sind, um unser Land am Laufen zu halten.

- Die Kommunen werden durch das Zuschusswesen von Bund und Land in immer neue Projekte gelockt, die typisch nur zu Beginn großzügig unterstützt werden, und später mehr und mehr selbst zu tragen sind. Ganz generell müssen wir nicht überall vorne dabei sein. Es ist die zweite Maus, die den Käse kriegt.

- Zum Schluss noch ein paar Worte zum Defizit des Klinikums Aschaffenburg-Alzenau, das alle Jahre wieder, hälftig von Kreis übernommen wird.

Seit 2024 hat sich das Defizit sich von 40Mio

auf aktuell, in 2025, wohl an die 40Mio nicht wirklich reduziert.

Der prognostizierte Rückgang für 2026 auf 33,5Mio sehen wir eher als blasse Hoffnung.

Wir alle wollen eine gute medizinische Versorgung in einer gesundheitlichen Notlage.

Jeder der eine Notaufnahme oder den Rettungsdienst in Anspruch nehmen muss, ist sicher heilfroh, ein Krankenhaus in der Nähe zu haben.

Die aktuell laufenden Einsparmaßnahmen erscheinen vernünftig, werden aber nicht annähernd ausreichen.

Hier muss der Bund die Krankenhausfinanzierung durch die angekündigte Krankenhausreform neu ordnen.

Aber auch wir können unseren Beitrag leisten. Der Geschäftsführer des Klinikums, H. Lehotzki, hat Widerstände aus dem politischen Raum gegen seine Einsparbemühungen beklagt.

Wir müssen dringend den Wettbewerbsnachteil unseres Klinikums gegenüber privaten Anbietern reduzieren. Sonst wird das mit dem Erhalt des Klinikums in öffentlicher Hand nichts werden. Wir wollen den Erhalt ganz dringend und es gibt für uns keinen Grund, warum das nicht gelingen sollte, wenn wir es nur wirklich wollen.

Nach all der Sparsamkeit haben wir dann sicher die Mittel wieder Neues in Angriff zu nehmen. Aber das ist eine ganz andere Geschichte.

Wir möchten unseren Landrat, H. Dr. Legler auffordern, seine Kontakte zu "seiner" Bayerischen- und auch "seiner" Bundesregierung zu nutzen, so dass wir in den Kommunen die finanzielle Unterstützung und auch die Gesetze erhalten, die wir brauchen. Denn, so habe ich habe es gelernt: Die Verwaltung arbeitet nicht ohne ein Gesetz und nicht gegen ein Gesetz, und so soll es auch bleiben.

Das Beste kommt zum Schluss: Trotz aller vorgetragener Sorgen sehen wir die unternommenen Anstrengungen unseres Kämmerers, Florian Stein, unseres Landrats Dr. Legler und aller Kollegen, die sich bemüht haben, einen vernünftigen Haushalt aufzustellen. Einen ausgeglichenen Haushalt ohne zusätzliche Schulden und ohne zusätzliche, zumindest prozentuale, Belastung unserer Gemeinden. Die AfD-Fraktion stimmt dem Haushalt des Landkreises Aschaffenburg für 2026 daher zu.

Ich sage vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die AfD-Fraktion wünscht Ihnen allen gesegnete Weihnachten.